

Überarbeiteter Entwurf, so von den Teilnehmern einmütig, bei einer Enthaltung, verabschiedet am 16.3.2005

Autor: Gerd Rosenkranz, Deutsche Umwelthilfe e.V.

Energieintelligenz für das 21. Jahrhundert

Plattformpapier für eine gesellschaftliche Kampagne zum nachhaltigen Umgang mit Energie in Deutschland

„Deutschland hat unendlich viel Energie“. So selbstbewusst kommt das Motto für eine Informationskampagne daher, mit der die Branche der Erneuerbaren Energien unter der Schirmherrschaft des Chefs des UN-Umweltprogramms Klaus Töpfer für sich wirbt. Der Slogan hat Charme und Witz, er ist auf freundliche Art provokant und er strahlt jenen Optimismus aus, der die Hinwendung zu den umweltfreundlichen Energieträgern seit einigen Jahren begleitet. Das ändert nichts daran: Auch die Regenerativen werden hierzulande Energie in der überschaubaren Zukunft nicht im Überfluss anbieten können.

Für eine Kampagne, die sich ein intelligentes, sparsames und effizientes Energiesystem auf die Fahnen schreibt, liegen skeptische Anmerkungen zu der unbekümmerten Botschaft nahe. Doch wer den lockeren Spruch von der unendlichen Energie mit mäkeliger Naturwissenschaftlichkeit kommentiert liegt falsch. Der Slogan zielt auf den Bauch, nicht auf den Kopf. Wir quittieren ihn mit einem Schmunzeln und überlassen den hilflosen Widerspruch gegen die Zukunftsaussichten der Zukunftsenergien gerne jenen Fortschrittsgläubigen, die die Umweltbewegung jahrzehntelang als rückwärtsgewandte Bande übelgelaunter Asketen denunzierten – und sich nun plötzlich selbst als strukturkonservative Bedenkenträger mit eingebautem Bremskraftverstärker entpuppen. Das Sein bestimmt das Bewusstsein - selten traf der Marxsche Sinnspruch so ins Schwarze wie bei der bornierten Abwehr der Energiewende durch die deutschen Energietraditionalisten in Wirtschaft und Politik. Monopolisten mögen eben keine Konkurrenz – sonst wären sie keine.

Und dennoch: Weil die unendliche Energie über Deutschland, Europa und der Welt in einem sehr verdünnten „Aggregatzustand“ ankommt, muss sie eingesammelt, konzentriert und zum Nutzen einer von immer mehr Menschen bewohnten, hoch industrialisierten Erde aufbereitet werden. Es ist ja richtig, die Sonne schickt uns keine Rechnung. Aber sie schickt uns ihre segensreiche Ware eben auch nicht frei Haus. Sie in Form von Strahlung, Wind, Wasser und Biomasse einzufangen, ist mit hohem Technologie-, Material- und Kapitalaufwand verbunden. Und hier und da muss der am Horizont rotierende Fortschritt gegen den ästhetisierend verbrämten Widerstand von Leuten durchgesetzt werden, die sich einst über romantische grüne Idyllen nicht genug amüsieren konnten.

Inzwischen ist es fast eine Binsenweisheit: Die Energiewende, die in Deutschland und anderswo nach Jahrzehnten sich selbst blockierender Diskussionen endlich begonnen hat, bedarf einer starken Flankierung. Das Solarzeitalter kommt umso eher, wenn der Energieeinsatz insgesamt sinkt, wenn die Umwandlung von Energie auf allen Ebenen der Bereitstellung und Nutzung optimiert wird. Wir nennen dieses Effizienzprinzip Energieintelligenz. Es muss sich in unserem Energiealltag einnisten,

ausbreiten und allmählich weiter vererben in alle Verästelungen des privaten, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Davon sind wir noch weit entfernt. Zwar füllen kluge Energieszenarien längst ganze Bücherregale. Ungezählte Initiativen, Kampagnen, Studien wurden gestartet, Bundestags-Enquête-Kommissionen und Energieagenturen eingerichtet, Gesetze und Verordnungen erlassen und Förderprogramme aufgelegt, die Milliarden verschlangen, um dem Bazillus der Energie-Verschwendung entgegen zu wirken. Manches davon war sinnvoll. Nicht alles blieb ohne Wirkung. Aber der große Durchbruch? Er gelang nirgends, in Deutschland nicht, aber auch nicht in Japan, Dänemark oder anderen Staaten, die jeweils eine Zeit lang als Musterländer für einen durchdachten Umgang mit Energie galten. Keine der führenden Industrienationen hat es bis heute geschafft, ein intelligentes, klimaschonendes, sich selbst genügendes, also dauerhaft nachhaltiges Energiesystem zu installieren.

Das ist aber bitter nötig, wie schon ein flüchtiger Blick auf die globale Fieberkurve beweist, auf Dürre- und Überschwemmungskatastrophen, auf steigende Meeresspiegel, bedrohte Arten, schrumpfende Gletscher und wachsende Wüsten. Am menschengemachten Klimawandel sterben und verhungern schon heute zigtausende Menschen. Aktuelle Berichte belegen, dass die ökonomischen Schäden extremer Wetterereignisse binnen 30 Jahren um das 15-fache gestiegen sind und auch in Zukunft weiter dramatisch wachsen werden.

Mit dem Kyoto-Protokoll hat die Welt – vor allem EU-Europa - bewiesen, dass globale Umweltabkommen notfalls auch gegen die letzte verbliebene Weltmacht, die sich unter der gegenwärtigen Administration in einen ökologischen Zwergstaat verwandelt hat, durchgesetzt werden können. Das In-Kraft-Treten des Klimapakts ist ein Sieg des Multilateralismus über den Unilateralismus. Nicht weniger, aber leider auch nicht viel mehr. Die CO₂-Belastung der Atmosphäre schwillt trotz des Abkommens mit bedrohlicher Geschwindigkeit weiter an, weil die USA den Pakt beharrlich ignorieren, andere Industriestaaten die eingegangenen Verpflichtungen absehbar verfehlen und aufstrebende Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien – aus verständlichen, aber eben doch nur verhandlungstaktischen Motiven - gar nicht erst verpflichtet wurden.

Selbst in den europäischen, so genannten Vorreiterländern erleben wir nicht etwa Quantensprünge im Klimaschutz, sondern Sondersituationen, die begrenzte Erfolge möglich machten. In Deutschland halfen zu Beginn der neunziger Jahre der Zusammenbruch der DDR-Industrieproduktion, die Kraftwerkserneuerung in den neuen Bundesländern und der Ersatz von Braunkohle als Heizenergie durch Öl und Gas. Inzwischen stoßen die bisher verfolgten CO₂-Minderungsstrategien hierzulande erkennbar an Grenzen, trotz eines seit Jahren kümmerlichen Wirtschaftswachstums. In Großbritannien basieren die Reduktionserfolge vor allem auf einem umfassenden Brennstoffwechsel in der Stromproduktion von Steinkohle zu Erdgas. Er lässt sich ebenso wenig wiederholen, wie die deutsche Vereinigung.

Auch fortschrittliche Instrumente zur Anregung eines intelligenten Umgangs mit Energie - wie Energie- und Ökosteuern oder der soeben erst in der Europäischen Union eingeführte Handel mit Emissionszertifikaten - können immer nur so hilfreich sein, wie es der Populismus von Politik und Medien oder der Strukturkonservatismus der Energietraditionalisten erlauben. Gegen das Stufenkonzept von Energie- und

Ökosteuern stehen hierzulande auf Knopfdruck auslösbare „Benzinwutwellen“, gegen den Emissionshandel die eingesessenen Konzerne, deren Stellenwert auf kohlenstoffreichen Brennstoffen gründet. Letztlich kann ein Energiepreis, der die ökologische Wahrheit spricht, politisch nur durchgesetzt werden, wenn sich die Energiekosten nicht in gleichem Maß erhöhen. Dazu steht nur ein Mittel zur Verfügung: Energieintelligenz.

Die neue Lage - ein Grund zum Optimismus

Nach all dem ist klar: Eine Aufbruch, der das Energieintelligenz-Prinzip in Deutschland umfassend verankert, ist überfällig. Ohne ihn droht nicht nur die Energiewende zu scheitern, sondern auch der Atomausstieg. Wir sind uns der Größe der Herausforderung bewusst. Doch besteht zu Kleinmut kein Anlass. Für alle Lebensbereiche liegen Konzepte eines nachhaltigen Energiesystems bereit. Was wir vorfinden, ist ein Mangel an Umsetzung, nicht an Wissen oder Vorschlägen. Die deutschen Umweltverbände und ihre Mitstreiter aus allen Bereichen der Gesellschaft sind deshalb überzeugt, dass eine solche Kampagne erfolgreich sein kann, wenn es gelingt, Druck aufzubauen für die Überwindung des vielstimmig beklagten Umsetzungsdefizits. Bisher sind die Industriestaaten vor wirklich tief greifenden Versuchen zurückgeschreckt, Energie intelligent bereitzustellen und intelligent zu nutzen. Stets siegten die Beharrungskräfte über die der Modernisierer. Es ging ja auch so. Das System blieb bezahlbar, weil die ökologischen Kosten noch nicht in ihrer ganzen Dimension sichtbar waren, verdrängt oder ignoriert wurden. Und die technologische Basis, die sich für die Effizienzwende angeboten hätte, war vielerorts nicht weit genug entwickelt.

Jetzt ist die Zeit reif. Das Wissen darum, dass die Lösung der Energiefrage die Qualität unseres eigenen Lebens beeinflusst und das unserer Kinder und Kindeskiner dominieren wird, dringt beständig tiefer in das Alltagsbewusstsein der Menschen. Und mit ihm die Ahnung, dass Erneuerbare Energien, um zu einer wirklichen Alternative zum fossil-nuklearen Energiesystem aufsteigen zu können, ein verändertes Umfeld brauchen. Der Zeitpunkt für den Start ins Zeitalter der Energieintelligenz war nie günstiger:

- Die globalen Wetterkapriolen sind – zwar nicht im Einzelfall, aber in der Summe – nicht mehr ohne anthropogene, also vom Menschen verursachte, Klimaänderungen zu erklären. Ebenso wenig die neuesten Erkenntnisse über die Veränderungen der Arktis und ihre möglichen Konsequenzen. Die Menschen wissen, es handelt sich um Nachrichten aus dem Treibhaus Erde. Und sie ahnen: Diese Ereignisse sind das Wetterleuchten, nicht das Gewitter. Und dieses Gewitter zieht gewiss nicht vorbei, wenn die Menschheit weitermacht wie bisher.
- Die Energiepreise, die zwar wie in der Vergangenheit auch künftig von Ausschlägen nach oben und unten geprägt bleiben, zeigen insgesamt nach oben. Die Parole „Weg vom Öl“ erhält in diesen Zeiten ein Ausrufungszeichen. Sie muss niemandem mehr erklärt werden.
- Die Einsicht wächst, dass Energiepreise und Energiekosten zwei paar Schuhe sind - und mit ihr die Bereitschaft, in Energieintelligenz zu investieren, um die Kosten von den Preisen zu entkoppeln. In vielen Fällen wird das dazu führen, dass die Energiekosten sinken, obwohl die

Energiepreise steigen. Diese Wahrheit gilt für Privathaushalte, für Unternehmen und für Nationen.

- Energie- und Ressourceneffizienz rücken angesichts der steigenden Energie- und Rohstoffpreise auch global in den Mittelpunkt. Für eine exportorientierte Wirtschaft wie die deutsche bedeutet das, dass sie am Weltmarkt nur mit energetisch optimierten Produkten präsent bleiben wird. Noch vor einigen Jahren verlangten deutsche Umweltverbände von der Automobilindustrie mit Blick auf den erwarteten Boom in Schwellenländern wie China, verbrauchsärmere Fahrzeuge für den Export. Heute erlässt das Reich der Mitte selbst Höchstverbrauchsregeln, um den Benzindurst importierter oder in China von ausländischen Konzernen produzierter Spritfresser zu senken.
- Energieintelligenz kann zum Treibsatz für die Innovations- und Modernisierungsanstrengungen in Deutschland werden. Die Umweltverbände und ihre Verbündeten aus Wirtschaft und Gesellschaft finden sich in der Rolle der Antreiber wieder. Die „Schlachtordnung“ der siebziger und achtziger Jahre verkehrt sich in geradezu frivoler Weise. Wir erleben eine vollkommen neue Rollenverteilung. Heute kämpfen Umweltschützer für modernste elektronische Steuerungstechnik als Voraussetzung für vernetzte, dezentrale Kraftwerksstrukturen, während die selbst ernannten Modernisierer der Vergangenheit die Zukunft mit den Energieversorgungs-Strukturen der 30er und Atomkraftwerken der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts gewinnen wollen.
- Die Ende 2004 veröffentlichte, so genannte Delphi-Befragung (European Energy Delphi, Eurendel) unter 700 Energieexperten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über die von ihnen erwartete europäische Energieversorgung im Jahr 2030 ergab erwartungsgemäß auf fast allen Feldern widersprüchliche Resultate. Nur in einem waren sich die Fachleute weitgehend einig: Dass sich der Energieverbrauch der Industrie in den nächsten 25 Jahren um bis zu 50 Prozent verringern werde.

Der Start – Energieintelligenz in allen Lebenslagen

Erstes Ziel der Energieintelligenzkampagne ist es, die Effizienzwende im Alltag der Gesellschaft zu verankern. Wir brauchen ein Grundrauschen, das den pfleglichen Umgang mit Energie so selbstverständlich und alltäglich macht, wie das Mülltrennen im Haushalt. Schon das ist eine Herausforderung, an der andere vor uns gescheitert sind.

Das Feld, das es zu beackern gilt, ist groß, unübersichtlich und zersplittert. Es reicht von der ressourcen- und klimaschonenden Erzeugung in kraft-wärme-gekoppelten Kraftwerken, über verbrauchsarme Elektrogeräte und energetisch sanierte Gebäude bis hin zum Kraftstoffverbrauch im Verkehr. Es gibt ein gewaltiges psychologisches Problem: Wir sprechen von Energiesparen und die Menschen denken an Verzicht und Askese. Das muss sich ändern. Es geht nicht darum, legitime Bedürfnisse nach kaltem Bier und warmen Füßen in Frage zu stellen, sondern sie mit geringerem Energieeinsatz zu befriedigen. Energieintelligenz bedeutet, dass im Erfolgsfall etwas verschwindet, was vorher da war. Ein ausgemustertes Kraftwerk wird nicht ersetzt, der Tanklastwagen bringt das Öl nur noch halb so oft, weil ein Haus energetisch saniert ist; oder gar nicht mehr, weil es an ein Fernwärmenetz angeschlossen wurde

und nun mit der Abwärme des nächsten Kraftwerks beheizt wird. All dies ist weder spektakulär noch sexy. Wir werden deshalb einen Slogan und ein Logo präsentieren, die für Energieintelligenz in allen Lebenslagen stehen. Sie symbolisieren Fortschritt und Innovation, Arbeit und Umwelt, Entspannung und Bequemlichkeit. Slogan und Logo werden künftig alle Initiativen, Kampagnen, Konzepte, Veranstaltungen oder Materialien begleiten, die sich mit unserem Thema befassen. Wo immer ein Umweltverband oder einer unserer Mitstreiter in dieser Sache ein Feuerchen entzündet, wird der Rauch in dieselbe Richtung ziehen – die Richtung heißt Energieintelligenz.

Politischer Konflikt statt zähe Einigkeit

Slogan und Symbol sind notwendige Voraussetzungen für den Erfolg der Kampagne - aber natürlich in keiner Weise hinreichend. Die Beharrungskräfte, die kein Interesse an einem Wandel des Energiesystems haben, sind groß und mächtig genug, die Entwicklung über weitere Jahrzehnte zu bremsen oder aufzuhalten. Gleichzeitig kommen ihre Träger nicht aus der Deckung. Sie sind schwerer kenntlich zu machen als in der Auseinandersetzung um die Energiewende. Während dort gewichtige Teile der traditionellen Energiewirtschaft die ihnen erwachsene Konkurrenz der Erneuerbaren Energien aus ebenso nahe liegenden wie kurzzeitigen Motiven bekämpfen, erleben wir bei der Frage der Energieeffizienz das Gegenteil. Selbst diejenigen, deren Kerngeschäft der Verkauf von Energie ist, geben sich als überzeugte Energiesparer. Sie legen teure Kampagnen auf („Energiesparen mit Strom“) oder beteiligen sich mit Millionenbeiträgen an der Finanzierung halbstaatlicher Energieagenturen. Das sei ihnen unbenommen, doch es darf nicht länger dazu führen, dass die Konfliktlinien verwischen.

Denn niemand in diesem Land plädiert für Energievergeudung. Im Gegenteil: Es herrscht zähe Einigkeit über den sparsamen und bewussten Umgang mit unseren Energieträgern. Doch diese Einigkeit ist längst nicht mehr Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Sie lullt ein. Sie ist eine Schein-Einigkeit und hält nur, solange die Diskussion im Ungefähren verharrt und sich um Konkretion drückt. Sie hat schließlich Energieeffizienz zu einem jener weichen Themen gemacht, denen Bundeskanzler Gerhard Schröder einst in anderem Zusammenhang den Stempel „Gedöns“ aufdrückte und um die ernsthafter politischer Streit nicht lohnt. Wegen so etwas stellt niemand die Machtfrage. Wegen des Ausstiegs aus der Atomenergie schon.

Tatsächlich ist Energieintelligenz und ihre Durchsetzung eine ähnlich gewichtige Machtfrage wie der Atomausstieg. Weil sie nicht öffentlich gestellt wird, entsteht das Bild scheinbarer Harmonie: Alle ziehen an einem Strang. Das tun sie tatsächlich, allerdings in die entgegen gesetzte Richtung, wie sich beispielsweise an den hitzigen Debatten über die Energiebesteuerung, über den Emissionshandel, über die Ausweitung der Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland oder über die Ausgestaltung der Energie-Einsparverordnung erwiesen hat. Trotzdem wird die Grundfrage „Verschwendungssystem oder Energieintelligenz?“ nicht thematisiert.

Harmonie bewegt nicht, sie treibt nicht an, sie neigt zum liegen lassen, zum nach hinten schieben auf der politischen Agenda. Vor diesem Hintergrund ist abzusehen, dass eine Verbraucher-Informationskampagne mit Internet-Links, Anzeigenstaffeln und Werbefilmen so folgenlos bliebe wie die ungezählten, gut gemeinten Versuche

der Vergangenheit. Aufwand und Ertrag standen bei diesen Kampagnen selten in einem angemessenen Verhältnis. Auch millionenschwere Werbefeldzüge für die gute Sache waren regelmäßig schnell vergessen. Ein messbarer Effekt blieb ihnen allzu häufig verwehrt.

Wir ziehen daraus den Schluss, dass gutes Zureden allein nicht fruchtet. Wir wollen nicht überreden, sondern die Einsicht in die Notwendigkeit. Unser Ziel ist eine permanent aufflammende Diskussion in und mit der Gesellschaft über unseren Umgang mit Energie. Es geht um die öffentliche Präsenz des Themas. Wir werden Konflikte nicht reflexhaft entschärfen, sondern ihre Ursachen offensiv benennen. Dazu müssen Konflikt- und Interessenlagen unter den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft bis zur Kenntlichkeit getrieben werden. Das Schaffen und Bewahren von Harmonie in politischen und gesellschaftlichen Prozessen gehört nicht zu unseren Aufgaben. Um es klar auszudrücken: Wir werden den politischen Streit suchen und zuspitzen, wo immer Konflikte über den künftigen Umgang mit Energie „harmonisiert“ werden sollen.

Wir halten das Durchbrechen der herrschenden zähen Einigkeit für unverzichtbar. Aber wir sagen auch: Politischer Streit ist für uns kein Selbstzweck. Wir werden uns gezielt und mit der in unseren Teilnehmerverbänden versammelten Kompetenz in Konflikte einschalten, um (a) Entscheidungen im Sinne eines umweltgerechten Umgangs mit Energie zu beeinflussen. Wir hoffen so (b) jenen Grad an Aufmerksamkeit und Offenheit in der Gesellschaft zu schaffen, den Verbraucherinformationskampagnen regelmäßig verfehlen. Wenn der politische Streit um Energieintelligenz in unterschiedlichen Facetten und immer wieder in Tagesschau, Bild und Spiegel ausgetragen wird, werden sich die Menschen eine Meinung bilden. Sie werden feststellen, dass die Auseinandersetzungen ihr eigenes Verhalten betreffen – und ihr Portemonnaie. Die Erkenntnis, dass alle in ihrem Alltag mit Energie mehr oder weniger intelligent umgehen, die Umwelt mehr oder weniger belasten und dafür mehr oder weniger Geld ausgeben, macht aus einem politischen Konflikt ein gesellschaftliches Thema. Auf diesen Effekt spekulieren wir.

Die Kunst der Zuspitzung

Mehr noch als die Gesellschaft insgesamt sind sich die Umweltverbände, die meisten Wissenschaftler, ökologisch orientierte Energiefach- und Mieterverbände, Kirchenvertreter und immer häufiger auch Unternehmen innerhalb und außerhalb der Energiebranche einig, worum es geht und was zu tun wäre. Energiewissenschaftler und Umweltverbände haben Einsparpotenziale über Jahrzehnte auffindig gemacht, gewichtet und detailreich bewertet. Die Diskussion über die ökologischen Kosten des Energiesystems, über die adäquaten Instrumente zu ihrer Eindämmung, über die auszulösende Innovationsdynamik, über Energiesteuern, Emissionshandel und Energieeffizienzfonds, über marktwirtschaftliche und ordnungsrechtliche Maßnahmen ist weit fortgeschritten. Die im Kern übereinstimmenden Ergebnisse können in Studien und Programmen nachgelesen werden – zuletzt auch in den vom Deutschen Naturschutzring (DNR) herausgegebenen „Leitlinien der Umweltverbände für eine nachhaltige Energiepolitik“ vom November 2004 (bitte Internetseite einfügen). Jetzt kommt es darauf an, die Potenziale auszuschöpfen und dafür die gesellschaftlichen und gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Wir rufen deshalb alle Verbände, Unternehmen, wissenschaftlichen Institute und Einzelpersonen auf, sich an dieser Kampagne zu beteiligen, sie mit eigenen Aktivitäten, finanziell und ideell zu unterstützen. Wir wünschen uns, dass alle, die in Zukunft Initiativen auf dem Feld der Energieintelligenz planen und durchführen, mit uns Kontakt aufnehmen. Wir müssen den Mut aufbringen, auch Teilantworten und Pluralität in den eigenen Reihen zu akzeptieren. Entscheidend ist, dass wir insgesamt eine gemeinsame Botschaft an die Gesellschaft senden - über den Kampagnenslogan und das zugehörige Logo, aber auch über ergänzende und übergreifende Argumentationshilfen, die von der Kampagne erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden. Wir erhoffen die Vernetzung vielfältiger Aktivitäten, erwarten Synergieeffekte und im Ergebnis eine größere Durchschlagskraft für jede einzelne Initiative und die Kampagne insgesamt.

Wir wissen aber auch, dass jede Kampagne sich zu verzetteln droht, wenn sie versucht, weit gefächerte Wunschkataloge gleichzeitig abzuarbeiten. Eine Kampagne steht und fällt mit ihrer Fähigkeit zur Zuspitzung. Wir wollen deshalb – unbeschadet der grundsätzlichen Möglichkeit, jede Einzelinitiative unter Bezugnahme auf die Energieintelligenz-Kampagne zu starten – über die gesamte Kampagnendauer von vorerst drei bis fünf Jahren hinweg eine begrenzte Zahl von Schwerpunkten setzen. Diese sollen massiv in den Vordergrund unserer Anstrengungen gestellt werden und den Gesamtauftritt dominieren. Sie sollen jeweils vorrangig von den an der Kampagne teilnehmenden Organisationen entworfen und durchgeführt werden, die hier ihre größte Kompetenz aufweisen. Als Leitschnur für die Auswahl dieser Kampagnen-Säulen dienen:

- Die Höhe des Einsparpotenzials, das mit einer bestimmten Maßnahme oder gesetzgeberischen Regelung erreicht werden kann,
- Die Chancen, in überschaubaren Zeiträumen Entscheidungen oder sonstige Entwicklungen in unserem Sinne auslösen oder beeinflussen zu können,
- Die Operationalisierbarkeit innerhalb der Kampagne und die zu erwartende öffentliche Resonanz.

Die Schwerpunkte können während der Kampagne wechseln. Zum Kampagnenstart haben wir uns auf vier Säulen verständigt, die alle die genannten Kriterien in besonderer Weise erfüllen.

Schwerpunkt Kraftstoffverbrauch: Die Hälfte reicht

Die jahrzehntelangen Bemühungen um eine ernsthafte Reduzierung des Pkw-Kraftstoffverbrauchs in Deutschland und Europa blieben am Ende deprimierend erfolglos. Erhebliche Fortschritte in der Motorentechnik wurden regelmäßig durch schwerere, höher motorisierte Pkw und mehr gefahrene Kilometer kompensiert. Die grassierende Ausstattung mit Klimaanlage erhöht den Kraftstoffverbrauch zusätzlich. Während in den vergangenen 20 Jahren Abgas-Schadstoffe stufenweise und gegen den teils erbitterten Widerstand der Autohersteller um ein bis zwei Größenordnungen reduziert werden konnten, gibt es für das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) bis heute in Europa nicht einmal einen Grenzwert.

Versuche der EU-Umweltminister, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre einen Abgas-Grenzwert für Pkw von 120 Gramm CO₂ pro Kilometer (gCO₂/km) durchzusetzen, konterte die Automobilindustrie mit einer vom europäischen Dachverband der Autohersteller ACEA formulierten „Selbstverpflichtung“. Sie sieht vor, dass der durchschnittliche Ausstoß aller in der EU produzierten und verkauften Neuwagen bis 2008 bei maximal 140 gCO₂/kg liegen darf. Der Wert – er entspricht einem Verbrauch von 6 Litern Benzin oder 5,3 Litern Diesel pro 100 Kilometer – ist nicht wirklich ein Grenzwert, weil er nur im Durchschnitt aller Fahrzeuge aller Hersteller eingehalten werden muss. Dieser so genannte Flottenverbrauch ist noch dazu durch einen realitätsfernen Messzyklus fragwürdig. Dennoch ist schon heute absehbar, dass die Hersteller selbst ihre eigene Marge im Jahr 2008 verfehlen werden.

Die Teilnehmer der Kampagne fordern deshalb einen fixen, individuellen CO₂-Grenzwert für alle Pkw und Nutzfahrzeuge. Neue Selbstverpflichtungen der Hersteller lehnen wir nach den ernüchternden Erfahrungen der Vergangenheit ab. Die Diskussion muss angesichts des europaweit immer noch steigenden Beitrags des Straßenverkehrs zur Klimabelastung mit Hochdruck geführt werden. Dafür sprechen auch die gewichtsabhängigen Verbrauchsgrenzwerte, die China in diesem Jahr und in verschärfter Form 2008 für neu zugelassene Pkw und kleine Nutzfahrzeuge einführt. Japan folgt mit einem ähnlichen Konzept im Jahr 2010. Europa darf bei der Einführung ambitionierter CO₂-Grenzwerte nicht den Anschluss verpassen. Ob, wann und in welcher Form sich die EU von den Selbstverpflichtungen der Herstellerindustrie ab- und echten Grenzwerten zuwendet, wird vorrangig in den Autohersteller-Ländern entschieden – vor allem in Deutschland. Wir werden diesen Prozess mit dezidierten eigenen Vorschlägen forcieren.

Schwerpunkt Gebäude-Energiepass: Vorfahrt für Modernisierer

Die größten technischen Energiespar- und CO₂-Minderungspotenziale bestehen in Deutschland im Altbaubereich. Allein die Modernisierung der Heizungen und die Verbesserung der Wärmedämmung könnte die nationale CO₂-Fracht um 50 bis 70 Millionen Tonnen jährlich reduzieren. Gleichzeitig gibt es kaum eine Klimaschutzmaßnahme, die in vergleichbarem Maße Arbeitsplätze sichert oder neu schafft. Trotzdem geht die Altbausanierung bisher nur schleppend voran. Die im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 versprochenen Einsparziele wurden weit verfehlt. Die seit Februar 2002 geltende Energie-Einsparverordnung hat kaum einen Effekt, weil die von der Bundesregierung zur Flankierung aufgelegten Anreizprogramme nicht ausreichen und dennoch durchgeführte Sanierungen die neuen Standards häufig nicht einhalten. Eine wirksame Kontrolle durch die zuständigen Ordnungsbehörden findet praktisch nicht statt.

Mit dem ab 2006 verbindlichen Energiepass für alle Häuser und Wohnungen versucht die EU die Modernisierungsblockade zu überwinden, wogegen große Wohnungsgesellschaften und Eigentümerverbände rebellieren. Der auf der EU-Richtlinie „Gesamtenergieeffizienz von Wohngebäuden“ basierende Energiepass unterteilt Häuser und Wohnungen in neun Kategorien, die Aufschluss geben über die jeweiligen Energiekosten. Das Bewertungsschema soll sich an bereits eingeführten Gütesiegeln, wie etwa der Kennzeichnung von Kühlschränken oder Spülmaschinen

orientieren. Mit dem Energiepass 2006 sollen alle Gebäude, ob alt oder neu, Ein- oder Mehrfamilienhäuser, objektiv nach ihrem Energiebedarf, also unabhängig vom Verhalten der Bewohner oder Nutzer, bewertet werden.

Die Kampagne fordert wie der deutsche Mieterbund, dass der Gebäudeenergiepass endlich die Transparenz über die Energie- bzw. Mietnebenkosten schafft, die bisher schmerzlich vermisst wird. Ziel muss es sein, die Hausbesitzer in den Immobilien-Inseraten der Tageszeitungen und im Internet zu veranlassen, künftig nicht nur Miete und Nebenkosten auszuweisen, sondern auch die Energieklasse. Für potenzielle Mieter oder Käufer schafft das Klarheit über die anfallenden Kosten. Weil sie vergleichen können, wächst der Druck auf die Hausbesitzer, notwendige Sanierungen nach hohen Standards durchzuführen. Wir lehnen alle Versuche ab, die Wirksamkeit des Gebäude-Energiepasses mit dem ebenso durchsichtigen wie populistischen Argument der Entbürokratisierung zu unterminieren. Eine insbesondere von den Haus- und Grundbesitzervereinigungen verlangte Minimallösung führt zwangsläufig zu minimalen Ergebnissen für den Klimaschutz.

Schwerpunkt Kraft-Wärme-Kopplung: Versprechen endlich einhalten

Die so genannte Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), bei der die bei der Stromerzeugung anfallenden heißen Abgase zur Gebäude- oder Prozesswärmebereitstellung eingesetzt werden, birgt in Deutschland enorme CO₂-Einsparpotenziale. Fachleute beziffern sie auf bis zu 150 Millionen Tonnen pro Jahr. Allerdings führt die KWK-Technologie hierzulande wegen der Marktabschottung durch die dominierenden Stromkonzerne von jeher ein Schattendasein. Nur etwa 10 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland stammen aus KWK, in Dänemark sind es 50, in den Niederlanden und Finnland fast 40 Prozent. Dabei lassen sich auf der Erzeugungsseite mit einem Ausbau der KWK die höchsten Effizienzgewinne überhaupt erzielen. Sie stellt – neben der Energieeinsparung bei der Energienutzung – das bedeutendste, kurzfristig umsetzbare Potenzial zur Verminderung von Treibhausgasemissionen dar.

Da die KWK-Stromerzeugung zwangsläufig den Absatz der Großkraftwerke mindert und tendenziell neue oder konzernunabhängige Akteure in den Markt bringt, wehren sich die Stromkonzerne vehement gegen den Ausbau. Als das Bundeskabinett im Juli 2000 ein marktwirtschaftlich orientiertes Quoten/Zertifikatsystem zum kontinuierlichen KWK-Ausbau verabschiedete, stand die Konzernlobby schon auf der Matte: Nach Monaten verbissener Debatten mit und innerhalb der Bundesregierung wurde schließlich ein KWK-Fördergesetz verabschiedet, das jedoch sein Ziel, den KWK-Anteil bis 2010 zu verdoppeln, absehbar weit verfehlen wird. Auch das Zwischenziel – die Einsparung von 10 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr bis 2005 – rückt in weite Ferne. Eine im Gesetz für Ende 2004 vorgesehene Zwischenüberprüfung liegt bisher nicht vor – ein klarer Gesetzesverstoß. Der kommt nicht von ungefähr. Denn im Gesetz verfügt eine Klausel, dass für den Fall, dass die CO₂-Minderungsvorgaben und Ausbauziele nicht eingehalten werden, von der Bundesregierung „geeignete Maßnahmen zur Zielerreichung“ vorgeschlagen werden sollen. Darunter werden ausdrücklich auch solche Regelungen gefasst, die von den Stromkonzernen im Jahr 2000 erfolgreich vereitelt wurden.

Die Kampagne verlangt von der Bundesregierung etwas Selbstverständliches: Die in den von ihr selbst verabschiedeten Gesetzen anvisierten Ziele ernst zu nehmen. Folglich fordern wir von der Bundesregierung, kurzfristig Anreize zu setzen, um das für 2010 angestrebte Verdoppelungsziel bei der Stromerzeugung aus KWK doch noch zu erreichen. Bei einer volkswirtschaftlichen statt rein betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise, die die ökologischen Kosten in die Kalkulation mit einbezieht, sind KWK-Kraftwerke reinen Stromkraftwerken schon heute weit überlegen. Sie sparen nicht nur Ressourcen und entlasten damit die nationale Energierechnung, sie sichern und schaffen bei der Errichtung und im Betrieb auch viele Arbeitsplätze.

Schwerpunkt Stromvergeudung: Den Stromklau beenden

In Deutschland müssen die meisten Großkraftwerke, deren Stilllegung in den kommenden Jahren aus Altersgründen oder wegen des beschlossenen Atomausstiegs bevorsteht, nicht mehr durch neue Anlagen ersetzt werden. Voraussetzung ist neben dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien, dass die Edelenergie Strom nicht mehr vergeudet wird wie bisher. Mit kaum einer anderen Maßnahme kann hierzulande mehr Primärenergie eingespart werden als mit der Steigerung der Stromeffizienz. Jede eingesparte Kilowattstunde führt beim gegenwärtigen Kraftwerksmix zu einer dreifachen Einsparung an Primärenergie. Entsprechend effektiv wird die Atmosphäre von Treibhausgasen entlastet. Gleichzeitig wirkt das Prinzip rationeller Stromeinsatz als technologische Innovationsspritze mit entsprechenden Arbeitsplatzeffekten in Handwerk und Industrie.

Der Handlungsbedarf beim Stromverbrauch ist unübersehbar, denn

- fast 40 Prozent der nationalen Klimabelastung Deutschlands stammen aus der Elektrizitätserzeugung,
- der Stromverbrauch wächst wie in allen Industriestaaten schneller als der Energieverbrauch insgesamt,
- der spezifische Stromverbrauch pro Kopf und pro Einheit Bruttoinlandsprodukt steigt ebenfalls,
- ohne Gegensteuern beim Verbrauch müssten in Deutschland bis 2010 etwa 30, und bis 2020 noch einmal gut 20 Großkraftwerke neu errichtet und darüber hinaus für die abgeschalteten Atomkraftwerke ökonomisch wie ökologisch akzeptable Ersatzkapazitäten geschaffen werden.

Klar ist: Ohne Erfolge bei der Stromeffizienz wird der CO₂-Ausstoß ansteigen statt zu sinken. Oder Deutschland wird zum (Atom-) Stromimporteur großen Stils. Wissenschaftliche Untersuchungen kommen schon lange fast einhellig zu dem Ergebnis, dass 30 bis 50 Prozent des Stromverbrauchs in allen Anwendungsbereichen verzichtbar wären – ganz ohne Produktivitäts- und Komfortverluste. Dass das Effizienz-Potenzial bisher nicht ansatzweise ausgeschöpft wird, liegt auch an der Macht der eingesessenen Elektrizitätswirtschaft, die naturgemäß kein Interesse an einem abnehmenden Absatz ihres Kernproduktes Strom hat. Das wird sich erst ändern, wenn die Konzerne erkennen, dass sie auch an Effizienzgewinnen verdienen können. Die Konzepte liegen seit Jahrzehnten vor („Einsparkraftwerke“, „Negawatt“), sie werden jedoch von den Energietraditionalisten praktisch nicht eingesetzt.

Besonders absurd und seit vielen Jahren beklagt ist die Stromverschwendung durch so genannte Stand-By-Schaltungen. Immer seltener bedeutet aus wirklich aus. Mit Elektronik voll ausgerüstete Haushalte und Büros erinnern mit ihren bunten Leuchtdioden bei Dunkelheit ganzjährig an jene Weihnachtsschmuck-Orgien, die in den besinnlichen Tagen Fenster und Balkone zieren. Das Umweltbundesamt beziffert den Stand-by-Verbrauch allein der elektrischen Geräte in privaten Haushalten auf rund 20 Milliarden Kilowattstunden, was der vollen Jahresleistung zweier großer Atomkraftwerksblöcke entspricht. Zwar müssen manche Geräte rund um die Uhr in Bereitschaft gehalten werden, um Datenverluste zu vermeiden. Trotzdem könnte allein der konsequente Einsatz der heute marktbesten Produkte etwa zwei Drittel des Stand-by-Verbrauchs überflüssig machen. Die Strommenge entspricht 10 Prozent des gesamten Haushaltsstroms und verursacht jährliche Kosten in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Dabei ist der Anteil jener Gerätegruppen besonders hoch, die mit vergleichsweise großer Frequenz neu beschafft werden. So wären in relativ kurzer Zeit erhebliche Verbesserungen möglich.

Der Stand-by-Irrsinn muss endlich eingedämmt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, es nicht bei Appellen an die Verbraucher zu belassen, sondern die Hersteller, wo immer es möglich ist, zu Produkten ohne Stand-by-Betrieb zu veranlassen – notfalls auch mit Hilfe des Ordnungsrechts. Die Bundesregierung muss ihr Phlegma beim Thema Stromverschwendung beenden, will sie im Klimaschutz künftig wieder Erfolge vorweisen können. Ziel muss es etwa sein, den Geräteherstellern Aus-Schalter zwingend vorzuschreiben. Fixe Verbrauchsobergrenzen beim Stromverbrauch, zum Beispiel von Heizungs-Umwälzpumpen, dürfen kein Tabu sein.

Wir wenden uns aber auch an die Verantwortlichen in der Industrie. Warum zwingen Sie die Verbraucher, mehr Strom zu verbrauchen, als sie tatsächlich benötigen? Warum nutzt die Industrie nicht die technischen Möglichkeiten, die sie längst hat? Wir werden nicht davor zurückschrecken, Stromschleudern beim Namen zu nennen. Wir werden Hersteller und Händler attackieren, die Produkte mit überflüssig hohen Stromverbräuchen oder Stand-by-Verlusten anbieten, aber auch diejenigen nennen, die in ihren Produkten den heutigen Stand der Technik abbilden.

Beim effizienten Einsatz von Strom sind alle gefragt – auch die Verbraucher, etwa da, wo sie aus Gründen des Lifestyles Stromschleudern wie Wäschetrockner, Halogen-Beleuchtung oder private Klimaanlage einsetzen. Viele Produkte sind nicht wirklich notwendig, sondern können bei entsprechendem Wissen ohne Komfortverlust stromlos ersetzt werden. Die Verbraucher müssen lernen, dass sich Stromintelligenz lohnt – für die Umwelt immer und für das Portemonnaie oft.

Zum Schluss

Die Energieintelligenzkampagne ist eine Initiative, die die ganze Gesellschaft erfassen muss, um erfolgreich zu sein. Unser Ziel ist es deshalb, die lähmende Stagnation auf dem Weg zur Energieintelligenz in Deutschland an vielen Stellen zu überwinden. Für einen überschaubaren Zeitraum soll und muss für dieses Ziel das Thema Energieintelligenz viele Menschen in diesem Land beschäftigen, auch und besonders in ihrem Alltag. Aber es bleibt eine Zeit des Übergangs. Auf Dauer

brauchen wir kein Volk von Energieexperten. Ist das neue, sich selbst genügende, umwelt- und wohlstandsorientierte Energiesystem einmal etabliert, wird es zum Fundament für ein insgesamt nachhaltiges Gemeinwesen. Über Fundamente redet man nicht, über sie geht man. Bis dahin bleibt viel zu tun.